

Schettkat, Ronald

**Article — Published Version**

## Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schettkat, Ronald (2007) : Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 87, Iss. 11, pp. 742-747, <https://doi.org/10.1007/s10273-007-0727-9>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42736>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Ronald Schettkat

# Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden

*Die zurückliegende Stagnation in Deutschland wird in den Wirtschaftswissenschaften unterschiedlich beurteilt. Während der „Mainstream“ die Auffassung vertritt, dass die wirtschaftliche Schwäche vor allem strukturell bedingt war, und Reformen auf der Angebotsseite für erforderlich hält, sieht eine andere volkswirtschaftliche Richtung die Hauptursache für die Stagnation auf der Nachfrageseite. Professor Ronald Schettkat hat einen Sammelband mit einem „Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine neue Wirtschaftspolitik“ mitherausgegeben. Hier die wesentlichen Aussagen.*

Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden“, so ist der Beitrag von Robert M. Solow in dem soeben erschienenen Buch „Aufschwung für Deutschland“ überschrieben.<sup>1</sup> Der Nobelpreisträger übt nicht nur deutliche Kritik an der prozyklischen Fiskalpolitik und der aus seiner Sicht zu strengen Geldpolitik, sondern auch an der intellektuell begrenzten wirtschaftspolitischen Debatte hierzu. Die sich auf Arbeitsmarktreflexionen konzentriert und makroökonomische Zusammenhänge kaum noch thematisiert. „Befolgt die Zehn Gebote der OECD Beschäftigungsstrategie“, „reformiert die Arbeitsmarktinstitutionen“, „flexibilisiert die Arbeitsmärkte“, „senkt die Steuern“ und „kürzt die öffentlichen Ausgaben“ sind die Heilmittel, die die „orthodoxen Wirtschaftsdoktoren“ verschreiben.<sup>2</sup> Makroökonomische Faktoren werden ignoriert, was symptomatisch für ein Missverständnis sowohl der deutschen Situation als auch der ökonomischen Theorie ist.<sup>3</sup>

Begründet wird die Negation einer makroökonomischen Politik in Deutschland vor allem mit einer hohen strukturellen Arbeitslosenquote (oder auch NAIRU, Non Accelerating Inflation Rate of Unemployment), die von der OECD für 2003 mit 7,7% geschätzt wird; 1995 lag sie noch bei 6,4%.<sup>4</sup> Um die Arbeitslosigkeit zu senken, müssen zunächst institutionelle Reformen durchgeführt werden, bevor die deutsche Wirtschaft überhaupt wieder wachsen kann, so der Tenor. Die These einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit löste geradezu einen Wettlauf um den radikalsten Politikvorschlag aus: die 50-Stunden-Woche wurde als notwendig angesehen, ein Stundenlohn von drei Euro wurde als möglicherweise zu hoch beziffert, der Kündigungs-

schutz sollte abgebaut werden, und die Flächentarifverträge sollten verschwinden, Deutschland wurde zur Basarökonomie erklärt.

Aber ist die von der OECD geschätzte strukturelle Arbeitslosenquote und insbesondere ihr Anstieg seit 1995 plausibel, oder folgen die OECD-Schätzungen lediglich der aktuellen Arbeitslosenquote? Wendy Carlin und David Soskice<sup>5</sup> verwenden die Analysen von Nickell u.a.<sup>6</sup> und Bassanini/Duval<sup>7</sup> und schätzen die strukturelle Arbeitslosenquote direkt auf Basis der institutionellen Struktur und ihrer Veränderungen – wie der Arbeitslosenunterstützung, der Koordinierung von Lohnverhandlungen, der Produktmarktregulierungen etc. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass institutionelle Variablen eine Abnahme statt eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit in Deutschland hätten herbeiführen müssen. „Obwohl die Änderungen der Institutionen einen

<sup>1</sup> R. Schettkat, J. Langkau (Hrsg.): Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine neue Wirtschaftspolitik, Bonn 2007. Mit Beiträgen von R. Solow (MIT), R. Freeman (Harvard, NBER) und A. Posen (Institute for International Economics, Washington), W. Carlin (University College London), D. Soskice (London School of Economics), Ch. Wyplosz (Graduate Institute of International Studies Genf, CEPR), P. De Grauwe (Universität Leuven, CEPR) und C. Costa Storti (Banco de Portugal).

<sup>2</sup> R. Freeman: Gesucht: Ein neues Wirtschaftswunder, in: R. Schettkat, J. Langkau (Hrsg.), a.a.O., S. 195-224.

<sup>3</sup> R. Solow: Die Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden, in: R. Schettkat, J. Langkau (Hrsg.), a.a.O., S. 35-47.

<sup>4</sup> OECD: Economic Policy Reforms, Going for Growth 2005, OECD Publishing, Paris 2005.

<sup>5</sup> Vgl. W. Carlin, D. Soskice: Reformen, makroökonomische Politik und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, in: R. Schettkat, J. Langkau (Hrsg.), a.a.O., S. 105-165.

<sup>6</sup> S. Nickell, L. Nunziata, W. Ochel: Unemployment in the OECD since the 1960s. What do we know?, in: The Economic Journal, Vol. 115, 2005, S. 1-27.

<sup>7</sup> A. Bassanini, R. Duval: Employment Patterns in OECD Countries Reassessing the Role of Policies and Institutions, OECD Economics Department Working Papers, Nr. 486, Paris 2006.

*Prof. Dr. Ronald Schettkat, 53, lehrt Volkswirtschaftslehre insbesondere Wirtschaftspolitik an der Bergischen Universität in Wuppertal.*

geringen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den 1960er und 1970er Jahren vorhersagen, erklären sie für den folgenden Zeitraum gar nichts.<sup>8</sup> Im Jahre 2003 wäre die Arbeitslosenquote um 2,5 Prozentpunkte niedriger gewesen als im Jahr 1982, als sie rund 6,5% betrug, tatsächlich lag sie aber um 2,9 Prozentpunkte höher. Die Carlin/Soskice-Schätzungen, die explizit auf den institutionellen Gegebenheiten basieren, stehen im Gegensatz zu den von der OECD<sup>9</sup> veröffentlichten Aggregatdatenschätzungen der strukturellen Arbeitslosenraten. Sie sind ein weiterer Riss in der „Geschichte der Hypothese struktureller Rigiditäten“ als Ursache von hoher, steigender Arbeitslosigkeit in Deutschland, deren empirische Evidenz auf Querschnittsvergleichen beruhte, aber von den Entwicklungen innerhalb der Länder nicht gestützt wird.<sup>10</sup> „Es gibt gute empirische Gründe, den bequemen Glauben abzulehnen, dass die Arbeitsmärkte für sich genommen eine adäquate Begründung der traurigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Europa sind. Auf den Punkt gebracht: timing is wrong. Einer der zwei großen Anstiege der Arbeitslosigkeit erfolgte in den frühen 1980er Jahren, obwohl es keine Veränderungen der Arbeitsmarktregulierung gab, die dafür verantwortlich gemacht werden könnten.“<sup>11</sup>

Wie kann das BIP Deutschlands mit rund 3% wachsen und selbst die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um mehr als eine halbe Million Personen zulegen, wenn die institutionelle Struktur so wachstums- und beschäftigungsfeindlich ist wie noch vor Jahresfrist behauptet? Eine mögliche Antwort – sehr beliebt bei regierungsnahen Politikern – ist natürlich, dass jetzt die Ernte der Reformanstrengungen der Schröder-Regierung – die so genannte Agenda 2010 mit den Hartz-Reformen des Arbeitsmarktes oder die Einkommensteuersenkung von 2001 – eingefahren wird. Möglicherweise ist das richtig, aber warum wirken Steuersenkungen mit einer Zeitverzögerung von etwa fünf Jahren und die Hartz-Reformen mit einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren? Mit den „richtigen“ Timelags lassen sich beliebige Wirkungszusammenhänge konstruieren, aber sie werden nur diejenigen befriedigen, die von vornherein überzeugt waren. Robert Rubin<sup>12</sup>, Finanzminister in der Clinton-

Administration, weist süffisant darauf hin, dass einige Supply-Sider das Wachstum der US-Ökonomie Mitte der 1990er Jahre auf die Steuersenkung der Reagan-Regierung zu Beginn der 1980er Jahre zurückführen. Die Evaluierungsergebnisse der Hartz-Reformen bestätigen diese Sicht jedenfalls nicht. Es sei auch daran erinnert, dass die Hartz-Reformen nahezu einhellig als erster Schritt in die richtige Richtung, aber keinesfalls als ausreichend für eine spürbare Verbesserung der ökonomischen Situation bezeichnet wurden.

„Ein ganz normaler Konjunkturaufschwung“ wird nun gelegentlich die gegenwärtige Erholung kommentiert. Dies ist nicht verwunderlich, wenn die Weltwirtschaft so stark wächst, und in der Tat gründet sich Deutschlands Aufschwung wieder einmal auf die Exporte, die Binnennachfrage schwächelt, wenn man berücksichtigt, dass die Wirtschaft sich in einer Erholungsphase befindet. Wenn die Weltnachfrage Auslöser des Aufschwungs in Deutschland war, stellt sich natürlich die Frage, ob nicht auch ein binnenwirtschaftlicher Impuls die Konjunktur hätte ankurbeln können. „Wenn zusätzliche Exportnachfrage willkommen ist, warum dann nicht zusätzliche Binnennachfrage? In der Tat, es ist eine natürliche Frage, warum es keine höhere Binnennachfrage in Deutschland gegeben hat. Ich vermute, dass die Antwort lauten könnte, dass die Geld- und Fiskalpolitik im letzten Jahrzehnt über die Maßen kontraktiv war.“<sup>13</sup> Ein binnenwirtschaftlicher Nachfrageimpuls könnte sogar einige dringend notwendige Investitionen stimulieren. Robert Solow berührt in seiner Analyse genau die Themen, die in der wirtschaftspolitischen Debatte Deutschlands in die Tabuzone abgeschoben waren: 1. die realwirtschaftliche Wirkung von Geldpolitik, 2. die Rolle der Fiskalpolitik, 3. die Fixierung auf die Exporte und die Vernachlässigung der Binnennachfrage. Themen, die das Buch „Aufschwung für Deutschland“ aus der Tabuzone herausholt und in den Mittelpunkt der Analyse stellt.

#### Realwirtschaftliche Effekte der Geldpolitik

Aus Furcht, andere Länder würden der „Kultur der Stabilität“ nicht folgen, bestand Deutschland darauf, die europäischen Institutionen so zu konzipieren, dass ein hohes Maß an Preisstabilität garantiert würde.<sup>14</sup> Die EZB, nach dem Vorbild der Bundesbank allein auf die Preisstabilität verpflichtet, definierte diese selbst als eine Preissteigerungsrate von maximal 2% pro

<sup>8</sup> W. Carlin, D. Soskice, a.a.O., S. 140.

<sup>9</sup> OECD: Economic Policy Reforms..., a.a.O.

<sup>10</sup> R. Freeman, a.a.O.

<sup>11</sup> R. Solow: Unemployment in the United States and in Europe: a contrast and the reasons, CESifo Working Paper, Nr. 231, München 2000 (Übersetzung Ronald Schettkat).

<sup>12</sup> R. Rubin: In an Uncertain World. Tough Choices from Wall Street to Washington, New York 2003.

<sup>13</sup> R. Solow: Die Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden..., a.a.O., S. 42.

<sup>14</sup> C. Wyplosz: Deutschland in der Währungsunion, in: R. Schettkat, J. Langkau (Hrsg.), a.a.O., S. 81-104.

Jahr, ein äußerst ehrgeiziges Ziel.<sup>15</sup> Aber in der Philosophie der EZB kann Geldpolitik die realwirtschaftliche Sphäre ohnehin nur indirekt beeinflussen, indem sie die Inflationserwartungen auf möglichst niedrigem Niveau stabilisiert.<sup>16</sup> Geldpolitik beeinflusst lediglich das Preisniveau, nicht aber das reale Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung. Deshalb macht es im Modell der EZB auch keinen Sinn, einem expansiven wirtschaftspolitischen Weg zu folgen, da daraus nur höhere Preise, aber keine Erhöhung der Produktionsmenge resultieren würde. Um zu höherer Beschäftigung zu kommen, bedarf es in der EZB-Philosophie struktureller Maßnahmen wie der Deregulierung der Arbeitsmärkte.

Zweifellos ist die beschäftigungspolitische Neutralität der Geldpolitik bei Zentralbankern beliebt, aber steht dieses Modell auf einem soliden empirischen Fundament? Halten die Voraussagen, dass die Geldpolitik hauptsächlich Preis-, aber keine Mengeneffekte habe, den Fakten stand? Paul de Grauwe – Europas renommiertester Geldtheoretiker – und Claudia Costa Storti<sup>17</sup> haben eine Meta-Analyse von 83 Studien zu den realen Effekten der Geldpolitik durchgeführt und kommen zu dem Ergebnis, dass die Geldpolitik die reale wirtschaftliche Aktivität kurzfristig, aber auch langfristig beeinflusst.<sup>18</sup> Zudem machen sie deutlich, dass die Volkswirtschaft in Europa und in den USA sehr ähnliche realwirtschaftliche Reaktionen auf geldpolitische Maßnahmen zeigt. Mit anderen Worten: die EZB könnte genauso wie die Fed die Wachstumsbedingungen durch eine expansivere Geldpolitik verbessern. Paul de Grauwe und Claudia Costa Storti schlussfolgern, dass die Aussage, dass geldpolitische Maßnahmen ausschließlich zur Stabilisierung des Preisniveaus und nicht für andere politische Ziele eingesetzt werden sollten, „mehr mit theoretischen Urteilen darüber zu tun hat, wie die Welt funktionieren sollte, als mit dem

nüchternen empirischen Nachweis, wie sie tatsächlich funktioniert“<sup>19</sup>.

Ein eher praktisches Problem ist, dass die EZB die Geldpolitik für die gesamte Eurozone konzipieren muss, und nicht nur für Deutschland. Dies führt zu kontraktiven monetären Effekten in Ländern mit niedriger Inflation, da unter der Voraussetzung identischer nominaler Zinssätze die realen Zinssätze in den Ländern mit niedriger Inflation höher sind. Bei einheitlicher Geldpolitik bleibt als Ausgleichsmechanismus nur die Fiskal- und/oder Lohnpolitik. Aber gerade der ersteren wurde mit der Begrenzung der Neuverschuldung im Staatshaushalt auf 3% – eines der so genannten Maastrichtkriterien – die Flexibilität genommen. Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt ist das Resultat einer spezifischen ökonomischen Theorie, die die stabilisierende Rolle der Fiskalpolitik verneint. In dieser Theorie sind potenzieller und tatsächlicher Output immer identisch oder werden durch Preisreaktionen rasch in Übereinstimmung gebracht, weshalb theorieimmanent eine stabilisierende Politik nicht möglich ist. Doch diese Theorie basiert auf A-priori-Annahmen und nicht auf sorgfältigen Beobachtungen ökonomischen Verhaltens.<sup>20</sup> Zusammen mit dem niedrigen Inflationsziel von 2% führt die 3%-Neuverschuldungsgrenze zu einem sehr eng geschnürten Korsett. „Deshalb ist in Europa eine landesspezifisch diskretionäre Fiskalpolitik notwendiger als in den USA. Wenn es um die Reaktion auf landesspezifische Schocks geht, hat die monetäre Union eine Hand hinter dem Rücken der Politiker – vielleicht aus gutem Grund – festgebunden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt bindet die andere Hand fest. Versuche ein Pferd zu reiten, wenn beide Hände hinter deinem Rücken festgebunden sind.“<sup>21</sup>

### Prozyklische Fiskalpolitik

Die Bemühungen der Schröder-Regierung, die öffentlichen Defizite durch Sparen zu reduzieren, führten Deutschland noch weiter von der 3%-Marke weg, denn sie wirkten prozyklisch; sie vergrößerten den Output-Gap – die prozentuale Differenz zwischen tatsächlichem und potenziellem Output (vgl. Abbildung 1). Die konjunkturbereinigte primäre Haushaltsbilanz (die Differenz zwischen der jährlichen öffentlichen Haushaltsbilanz, angepasst an zyklische Fluktuationen, und den Zinsausgaben), die ein Maßstab für die ma-

<sup>15</sup> In der vermeintlich flexibelsten Volkswirtschaft der Welt, den USA, lag der Anstieg der Verbraucherpreise lediglich 1998 und 2002 – dem Jahr der schwersten Rezession – unter der 2%-Marke (auf Basis der Daten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung).

<sup>16</sup> Vgl. z.B. O. Issing: The European Monetary Union, in: CESifo Forum, A Quarterly Journal on European Issues, München 2000, H. 2, S. 3-9.

<sup>17</sup> P. De Grauwe, C. Costa Storti: Monetäre Politik und reale Ökonomie, in: R. Schettkat, J. Langkau (Hrsg.), a.a.O., S. 49-80.

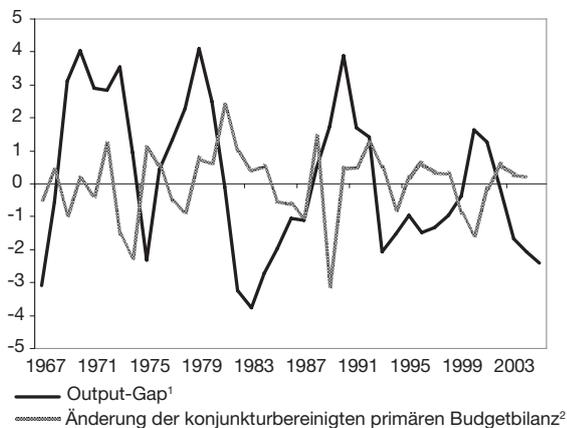
<sup>18</sup> Die Studien, die nicht zu dem Ergebnis kommen, dass Geldpolitik langfristige Effekte hat, basieren auf so genannten strukturellen VARs (vektorausregressiven) Modellen, d.h. sie nutzen Theorie, um die Parameterwerte zu begrenzen. Diese Studien erzwingen eher, dass Geldpolitik langfristig in Bezug auf wirtschaftliche Aktivität neutral ist, als dass sie sie empirisch testen. Methoden, die diese Einschränkung nicht machen, sondern den „Daten zu sprechen erlauben“, verwerfen die langfristige Neutralität des Geldes in Bezug auf wirtschaftliche Aktivität. Vgl. P. De Grauwe, C. Costa Storti, a.a.O.

<sup>19</sup> P. De Grauwe, C. Costa Storti, a.a.O., S. 77.

<sup>20</sup> R. Solow: Die Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden..., a.a.O.

<sup>21</sup> A.S. Blinder: Commentary: Should the European Central Bank and the Federal Reserve be concerned about Fiscal Policy?, in: The Federal Reserve Bank of Kansas City (Hrsg.): Rethinking Stabilization Policy, Jackson Hole, Wyoming 2002, S. 393, (Übersetzung Ronald Schettkat).

**Abbildung 1**  
**Prozyklische Fiskalpolitik in Deutschland**  
(in %)



<sup>1</sup> Differenz zwischen tatsächlichem und potenziellem realen BIP in % des potenziellen realen BIP. <sup>2</sup> Die jährliche öffentliche Haushaltsbilanz auf Basis des potenziellen Haushalts ohne Zinsausgaben.

Quelle: C. Wyplosz: Deutschland in der Währungsunion, in: R. Schettkat, J. Langkau (Hrsg.): Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine neue Wirtschaftspolitik, Bonn 2007, S. 93, auf Basis von OECD-Daten.

ökonomischen Effekte der Fiskalpolitik ist, ist seit 2002 positiv.<sup>22</sup> Es stellt sich die Frage, ob „Fiskalpolitik Teil des Problems oder Teil der Lösung war“<sup>23</sup>. Die deutsche Fiskalpolitik hat die wirtschaftliche Situation verschlechtert, anstatt sie zu verbessern. Deutschland lebte unter seinen Verhältnissen, und nicht darüber, wie viele Kommentatoren gerne behaupten. Fiskalpolitik hat das reale Wachstum reduziert und damit dauerhaft den Wohlstand hierzulande vermindert.

Der Fiskalpolitik wird gelegentlich aus theoretischen Gründen die Fähigkeit abgesprochen, irgendeine Wirkung, geschweige denn die erwünschte, zu erzeugen. Nach dem Äquivalenzprinzip Ricardos wird jede fiskalpolitische Maßnahme durch eine Reaktion des privaten Sektors konterkariert. Eine höhere Staatsverschuldung zur Stimulierung der Nachfrage führt dementsprechend zu vermehrtem Sparen, weshalb der öffentliche Nachfrageimpuls durch den gesunkenen privaten Konsum neutralisiert wird. Reagieren die Haushalte so? Wird das Äquivalenzprinzip Ricardos in empirischen Analysen bestätigt? „Eine große Anzahl von Studien hat untersucht, ob die Ricardosche Äquivalenz in der Praxis zutrifft, und das Ergebnis war ein überwältigendes Nein. Wir wissen also, dass Fiskalpolitik unter normalen Umständen wirksam ist.“<sup>24</sup>

<sup>22</sup> OECD: OECD Economic Outlook, in: OECD Publishing, Paris 2006.

<sup>23</sup> R. Solow: Die Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden, a.a.O., S. 43.

<sup>24</sup> C. Wyplosz, a.a.O., S. 91.

### Schwache Binnennachfrage

Besonders seit dem Beginn dieses Jahrhunderts haben alle Komponenten der inländischen Nachfrage wenig zum Wachstum des deutschen BIPs beigetragen oder es sogar verringert. Besonders der private Konsum steuerte in anderen Ländern maßgeblich zum Wachstum des BIPs bei.<sup>25</sup> Die privaten Investitionen in Deutschland waren niedrig, was mit Sicherheit auch durch die geringe Binnennachfrage induziert war. Robert Solow erinnert uns daran, dass es eine lange Tradition in der makroökonomischen Forschung gibt, die davon ausgeht, dass überschüssige Kapazitäten einen signifikant negativen Einfluss auf die Investitionen der Unternehmen haben. „Wenn ein Okun Gap existiert, würde seine Schließung zweifellos private Investitionen stimulieren.“<sup>26</sup>

Die einzige treibende Kraft für das Wachstum in Deutschland war der Export. Jedoch wurde der expansive Effekt der ausländischen Nachfrage teilweise durch die Komponenten der inländischen Nachfrage kompensiert. Ohne in den Rest der Welt zu exportieren, wäre die Überkapazität Deutschlands – der „Okun Gap“ – sogar noch größer gewesen. Der Wachstumsbeitrag öffentlicher Investitionen war im Zeitraum von 2000 bis 2005 negativ, aber offensichtlich ist es offensichtlich, dass die deutsche Infrastruktur von Straßen über Universitäten und Bibliotheken bis zu Schulen verfällt. Der öffentliche Kapitalbestand schrumpft, aber die große mit den Steuererleichterungen von 2001 verbundene Hoffnung, die Stimulierung der privaten Ausgaben, gelang offensichtlich nicht. An Bedarf für öffentliche Ausgaben mangelte es nicht, doch die öffentlichen Investitionen wurden weiter gekürzt, fielen sogar bis auf das britische Niveau der Thatcher-Ära, unter deren Folgekosten Großbritannien auch nach zehn Jahren Blair-Regierung noch leidet (vgl. Abbildung 2). Öffentliche Infrastruktur im weiteren Sinne ist ein wesentlicher Angebotsfaktor.

### Wachstumseffekt der Bildung

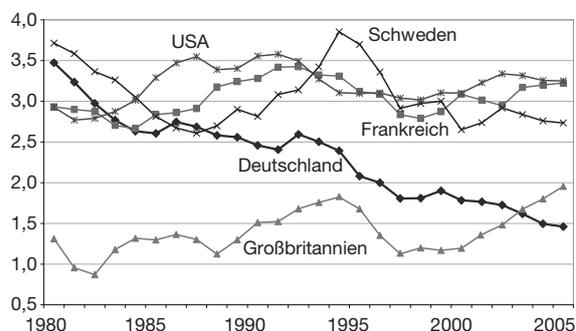
Eine dieser „Infrastrukturen“, die einstimmig an der Spitze steht, ist die Bildung. „Das OECD Wachstumsprojekt schätzt, dass in der OECD-Region der langfristige Produktionseffekt eines zusätzlichen Ausbildungsjahrs der erwachsenen Bevölkerung zwischen 3 und 6% liegt.“<sup>27</sup> Der Beitrag des Humankapitals zum Wachstum der Arbeitsproduktivität war in Deutschland im Zeitraum von 1991-2000 nahe Null, so die

<sup>25</sup> Siehe für eine detaillierte Analyse W. Carlin, D. Soskice, a.a.O.

<sup>26</sup> R. Solow: Die Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden, a.a.O., S. 46.

<sup>27</sup> OECD: Economic Policy Reforms..., a.a.O., S. 150.

**Abbildung 2**  
**Öffentliche Investitionen als Anteil am BIP<sup>1</sup>**  
(in %)



<sup>1</sup> In konstanten Preisen.

Quelle: Berechnungen auf Grundlage der OECD Economic Outlook Database.

Schätzung der OECD. In den anderen Ländern (hier ist der Referenzzeitraum 1990-1999) trugen die Veränderungen der Humankapitalkomponenten zwischen einem Drittel (in Schweden und den USA) bis zu 85% (in Großbritannien) zum Wachstum der Arbeitsproduktivität bei.

In Bildung zu investieren scheint sowohl für Individuen als auch für die Gesellschaft lohnenswert zu sein.<sup>28</sup> Umso bemerkenswerter ist es, dass Deutschland die Ausgaben für Bildungsinstitutionen (primäre, sekundäre und tertiäre) gravierend weniger stark anhebt als andere Länder der OECD. Die Eintrittsraten in den tertiären Bildungsweg sind in Deutschland sehr viel niedriger als in anderen Ländern der OECD.<sup>29</sup> Wie Manfred Schmidt auf Basis seiner internationalen Vergleiche von Bildungsausgaben anmerkt, ist es überraschend, dass ein Land, dessen Wirtschaft auf der guten Qualifikation seiner Erwerbsbevölkerung basiert, diesen Vorteil im internationalen Wettbewerb mit niedrigen Investitionen ins Bildungssystem und einem starken Verfall seiner relativen Qualifikationsposition aufs Spiel setzt.<sup>30</sup>

### Lohnzurückhaltung: Außen- versus binnenwirtschaftliche Nachfrageeffekte

Exportweltmeister und Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum, dies scheinen auf den ersten Blick sich gegenseitig widersprechende Trends zu sein, aber

sie können gemeinsame Wurzeln haben. In dem Maße, in dem Exporte durch den preislichen Wettbewerb, erreicht durch den relativen Rückgang der Lohnstückkosten, angetrieben werden, kann dies gleichzeitig die inländische Nachfrage dämpfen. Lohnzurückhaltung fördert zwar die internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit die außenwirtschaftliche Nachfrage, aber gleichzeitig reduziert sie die Binnennachfrage, deren Gewichte in großen und kleinen Volkswirtschaften sehr verschieden sind. In kleinen Volkswirtschaften hat die außenwirtschaftliche Nachfrage ein relativ großes Gewicht, aber in größeren Volkswirtschaften kommt der Binnennachfrage größere Bedeutung zu. „Niedrigere Löhne sind kein Rezept für zunehmenden Konsum“<sup>31</sup>, weshalb der Nettoeffekt von Lohnzurückhaltung in großen Volkswirtschaften negativ sein kann, wie Wendy Carlin und David Soskice herausarbeiten.<sup>32</sup> Zudem werden deutsche Produkte zu einem großen Teil in andere EU-Länder exportiert, was die Nachfrage für die dortigen Produkte dämpft und wahrscheinlich dort das Wachstum hemmt. Eine Volkswirtschaft kann ihr Problem der Überkapazität zwar mit Exporten lösen, aber das ist – wie Robert Solow schreibt<sup>33</sup> – keine nachbarschaftsfreundliche Politik.

Adam Posen geht über die kurzfristigen Effekte der Exportförderung durch relative Deflation hinaus und argumentiert, dass die deutsche Politik hohe Exporte in „nahezu merkantilistischer“ Weise favorisiert.<sup>34</sup> Er kritisiert die vom Export getriebene Wachstumsstrategie, weil sie durch die Deflation deutscher Produkte zwar kurzfristig Exporte fördere, aber langfristig die Wettbewerbsfähigkeit gefährde, weil sie produktivitätssteigende Anreize reduziert. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, ist für Adam Posen auch die falsche Antwort auf die aufstrebende Niedriglohn-Konkurrenz von Giganten wie China und Indien. Das Erscheinen dieser Akteure auf den Weltmärkten erfordert mehr als jemals zuvor Innovationsstrategien, die auf Neuheit und Originalität der Produkte basieren und nicht auf preisliche Wettbewerbsfähigkeit setzen. Lohnzurückhaltung und ausgehandelte Lohnsenkungen sind genauso begrenzte Strategien wie die Anpassung der nominalen Wechselkurse. Die deutsche Wirtschaft muss sich stärker auf Produkte mit einer hohen Wertschöpfung konzentrieren, anstatt zu versu-

<sup>28</sup> A. Krueger, M. Lindhal: Education for Growth: Why, and for Whom?, in: Journal of Economic Literature, Vol. 39, 2001, H. 4, S. 1101-1136.

<sup>29</sup> OECD: Economic Policy Reforms..., a.a.O., S. 182.

<sup>30</sup> Vgl. M. Schmidt: Ausgaben für Bildung im internationalen Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B-21-22, 2003, S. 6-11.

<sup>31</sup> R. Solow: Die Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden, a.a.O., S. 40.

<sup>32</sup> Vgl. W. Carlin, D. Soskice, a.a.O.

<sup>33</sup> Vgl. R. Solow: Die Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden, a.a.O.

<sup>34</sup> Vgl. A. Posen: Exportweltmeister – na und?, in: R. Schettkat, J. Langkau (Hrsg.), a.a.O., S. 81-104.

chen, die Produktion in Industriezweigen zu erhalten, die bereits dem Abwärtstrend bei der Wertschöpfung folgen und zukünftig mit noch stärkerer Niedriglohnkonkurrenz zu kämpfen haben werden.

### Marketization und Geburtenrate: Babies

Richard Freeman konstatiert einen Anstieg der Erwerbstätigenquote für Frauen mit Kindern unter drei Jahren in Deutschland – die veröffentlichten Zahlen erreichen hier sogar die US-Quoten –, verweist aber auf die sehr kurzen Arbeitszeiten (Minijobs). Die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben ist aber nicht nur eine Quelle des Angebots, sondern auch der Nachfrage: Wenn mehr Zeit auf dem Arbeitsmarkt verbracht wird, steht weniger Zeit für die traditionelle Produktion im Haushalt zur Verfügung, welche dann durch Marktprodukte ersetzt wird. So verschiebt „Marketization“ beides, sowohl die Angebots- als auch die Nachfragekurve, was die hohe Erklärungskraft der Marketizationshypothese begründet. Freeman sieht die höhere Frauenerwerbsbeteiligung als eine bedeutende Quelle für das langfristige Wachstum der deutschen Wirtschaft.

Die traditionell negative Korrelation zwischen Frauenerwerbsbeteiligung und Fertilitätsrate hat sich umgekehrt: Heutzutage haben Länder mit hohen Frauenerwerbsquoten höhere Geburtenraten als Länder mit niedriger Frauenerwerbsbeteiligung. Natürlich konnte diese Relation nur deshalb positiv werden, weil in den Ländern, die eine hohe Frauenbeschäftigungsrate haben, unterstützende Systeme aufgebaut wurden. „Um die Erwerbstätigkeit und die Arbeitszeiten von Frauen in Deutschland auszudehnen und um ihnen zu erlauben, Job und Familie miteinander zu vereinbaren, ohne die berufliche Laufbahn zu gefährden oder sie davon abzuhalten, Kinder zu bekommen, muss Familienpolitik aus ihrer Randständigkeit geholt und in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit gestellt werden. Es gibt familienpolitische Maßnahmen, die zum Ziel vermehrter Erwerbstätigkeit beitragen, und zwar ohne Senkung der Geburtenrate.“<sup>35</sup>

### Fazit

Die von international renommierten Ökonomen verfassten Beiträge des Buches „Aufschwung für Deutschland“ argumentieren alle, dass Verbesserungen der Angebotsseite eine notwendige Bedingung für ausgeglichenes, langfristiges (potenzielles) Wachstum sind. Aber sie betonen auch, dass die Fokussierung allein auf die Verbesserung der Position im Preiswettbewerb kontraproduktiv ist. So wie nach-

frageorientierte Politiken fehlschlagen können, wenn sie nicht auf die richtigen Bedingungen treffen, so können dies auch angebotsorientierte Maßnahmen. Einseitige politische Debatten und Vorschläge sind nicht sinnvoll. Variablen der Angebotsseite beeinflussen den potenziellen Output, das Produktionspotenzial jedoch wird nicht immer vollkommen ausgereizt. „Klares Denken erfordert aber eine Erinnerung: Der Gewinn effizienterer Märkte ist ein höherer potenzieller Output. Es gibt aber keine Garantie, dass eine Erhöhung des potenziellen Outputs schnell in einen höheren tatsächlichen Output umgesetzt wird. Das kann oder kann nicht eintreten. Was Richard Musgrave die ‚Stabilisierungsfunktion der Regierung‘ genannt hat, mag zur Unterstützung notwendig sein.“<sup>36</sup> Ironischerweise hat die Unterentwicklung der Variablen auf der Angebotsseite die inländische Nachfrage direkt und indirekt gesenkt. Zu geringe Investitionen in Bildung zum Beispiel reduzieren die gesamtwirtschaftliche Nachfrage direkt, dies führt zu ungenutzter Kapazität, was private Investitionen demotiviert. Die Konsequenz daraus ist, dass auch das Produktivitätswachstum in Deutschland hinter dem anderer hoch entwickelter Volkswirtschaften zurückfällt. Die Annahme, dass die Wirtschaft stets mit voller Kapazität arbeitet (Vollbeschäftigungspostulat), ist nicht adäquat, sie verdeckt nur die tatsächlichen Probleme per Annahme. Makroökonomische Politik – fiskalische und monetäre – kann die Nachfrage effektiv beeinflussen und sollte genutzt werden, um den Wohlstand in Deutschland und Europa zu erhöhen. Dies demonstrieren die Autoren von „Aufschwung für Deutschland“ eindrucksvoll.

Die renommierten internationalen Ökonomen, die zu „Aufschwung für Deutschland“ beigetragen haben, argumentieren einstimmig, dass eine expansivere makroökonomische Politik dazu beigetragen hätte, die lange Stagnation, unter der Deutschland in den letzten Jahren litt, zu überwinden. Ihre Beiträge machen klar, dass die allgemeine Ansicht, dass makroökonomische Politik ineffektiv sei, falsch ist. Sie ist inkorrekt sowohl hinsichtlich der Fiskal- als auch der Geldpolitik. Diese Feststellung widerspricht den allgemeinen Auffassungen, wie sie in Europa und Deutschland in den letzten Jahrzehnten verbreitet wurden. Eine breitere Diskussion hinsichtlich der Wirtschaftspolitik, die effektive politische Maßnahmen nicht vernachlässigt, wird in der Debatte benötigt, um unnötige Einschränkungen der Politik zu überwinden und den Wohlstand in Deutschland und Europa zu erhöhen.

<sup>35</sup> R. Freeman, a.a.O., S. 215.

<sup>36</sup> R. S. Low: Die Beschränktheit der makroökonomischen Diskussion überwinden, a.a.O., S. 47.